



## Wahlprüfsteine zur Frauen- und Gleichstellungspolitik in Baden-Württemberg – AWO-Frauen\*Netzwerk-Württemberg

Mit gezielten Fragen an **Kandidatinnen** aller demokratischer Parteien in den vier Stuttgarter Wahlbezirken setzt sich das AWO-Frauen\*Netzwerk- Württemberg dafür ein, den Frauenanteil im Landtag bei der Wahl am 08. März 2026 zu erhöhen und Frauen- und Gleichstellungspolitik stärker in den Fokus zur rücken.

### Fragen und Antworten

#### AWO: Bereich Arbeit und Familie

##### Frage:

*Wie wollen Sie zukünftig die Verlässlichkeit der Kitas/Schulen verbessern, damit es für Frauen zuverlässig möglich ist ihre Berufstätigkeit mit der Carearbeit/Kindererziehung in der Familie gut miteinander zu verbinden?*

##### Antwort:

Wir müssen die „Kitastrophe“ beenden und frühe Bildung ernst nehmen. Die Unzuverlässigkeit der Betreuung ist oft auf Personalmangel und schlechte Rahmenbedingungen zurückzuführen. Wir fordern daher die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz in Wohnortnähe ab dem ersten Lebensjahr sowie eine kostenlose Ganztagsbetreuung. Um die Verlässlichkeit zu garantieren, müssen wir die Arbeitsbedingungen für Fachkräfte massiv verbessern, um die Abwanderung zu stoppen und Nachwuchs zu gewinnen. Dazu gehören kleine Gruppen mit einem guten Betreuungsschlüssel, der auch im täglichen Alltag verbindlich gelten muss (nicht nur auf dem Papier). Bei Unterschreitung braucht es ein Konsequenzenmanagement zum Schutz der Beschäftigten. Zudem setzen wir uns für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ein, was auch Eltern mehr Zeitautonomie verschafft. Im Schulbereich fordern wir die kostenfreie Ganztagschule mit Zusatzförderung und externen Angeboten (Sport, Spiel, Musisches), um Eltern verlässlich zu entlasten.

## **AWO: Politische Verantwortung auf Landesebene – Istanbulkonvention – Frauenhäuser – Bezahlbarer Wohnraum**

### **1. Umsetzung der Istanbul-Konvention:**

Die Istanbul-Konvention verpflichtet Bund und Länder zu umfassenden Maßnahmen zum Schutz von Frauen vor Gewalt.

#### **Frage:**

*Welche konkrete politische Verantwortung sehen Sie für sich als Landtagsabgeordnete bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention. Welche Maßnahmen wollen Sie im Landtag aktiv vorbringen oder unterstützen?*

#### **Antwort:**

Der Schutz vor Gewalt gegen Frauen und FLINTA\* darf keine freiwillige Leistung der Kommunen sein, die in Krisenzeiten gekürzt wird. Wir wollen die unsichere Finanzierung landesweit beenden und die Umsetzung der Istanbul-Konvention sicherstellen. Konkret werden wir uns im Landtag dafür einsetzen, dass gemäß den Standards der Konvention ausreichend Plätze in Frauen- und Kinderschutzhäusern sowie Wohnprojekte zur Verfügung stehen, mit einer verlässlichen, einzelfallunabhängigen Finanzierung. Zudem fordern wir einen baden-württembergischen Aktionsplan gegen häusliche Gewalt und den flächendeckenden Ausbau von Gewaltambulanzen zur vertraulichen Spurensicherung.

### **2. Landesweite gleiche Finanzierung von Frauenhäusern:**

Frauenhäuser sind ein zentraler Bestandteil des Gewaltschutzes, ihre Finanzierung ist jedoch regional sehr unterschiedlich geregelt.

#### **Frage:**

*Welche Verantwortung trägt das Land aus Ihrer Sicht für eine verlässliche, landesweit gleiche Finanzierung von Frauenhäusern? Wie wollen Sie sich hier für parlamentarisch einsetzen?*

#### **Antwort:**

Das Land trägt die Verantwortung, die Finanzierung von der Kassenlage der Kommunen zu entkoppeln. Wir fordern eine bundeseinheitliche Pauschalfinanzierung, an der sich der Bund beteiligt, damit Frauenhäuser nicht länger eine "freiwillige Leistung" sind. Auf Landesebene wollen wir Beratungsstellen für gewaltbetroffene Frauen und FLINTA\* wohnortnah in jedem Landkreis sicherstellen sowie den Ausbau von Schutzwohnungen vorantreiben. Die Finanzierung muss verlässlich und einzelfallunabhängig geregelt sein.

### **3. Bezahlbare Anschlussunterbringung nach dem Frauenhausaufenthalt –Bezahlbarer Wohnraum: Viele von gewaltbetroffenen Frauen\* und ihre Kinder finden nach dem Aufenthalt im Frauenhaus keinen bezahlbaren Wohnraum.**

#### **Fragen:**

*Welche politischen Entscheidungen auf Landesebene halten Sie für notwendig, um eine verbindliche und bezahlbare, sichere Anschlussunterbringung nach der Erstaufnahme im Frauenhaus zu gewährleisten.*

*Und welche politischen Instrumente werden Sie einsetzen zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum, insbesondere für Familien und Alleinerziehende mitgeringeren Einkommen?*

#### **Antwort:**

Wir setzen auf Prävention, bevor die Wohnungslosigkeit eintritt. Wir wollen die Wohnungsnotfallhilfe ausbauen und schnelle, unbürokratische Hilfe für wohnungslose Menschen sicherstellen, insbesondere auch für Frauen und FLINTA\*in Wohnungsnot. Um

allgemein bezahlbaren Wohnraum zu sichern, fordern wir die Gründung einer Landeswohnbaugesellschaft und ein Sondervermögen „Soziales Wohnen“, um jährlich 20.000 neue, dauerhaft mietpreisgebundene Sozialwohnungen zu schaffen. Wir setzen uns für einen bundesweiten Mietendeckel ein und wollen auf Landesebene die Zweckentfremdung von Wohnraum sowie Leerstand bekämpfen. Zudem wollen wir Belegungsbindungen stärken, damit Kommunen besondere Bedarfsgruppen schneller unterbringen können.

## **AWO: Pflege stärken – Versorgung sichern**

### **1.) In Baden- Württemberg werden über 2/3 der Pflegebedürftigen nach SGBXI im häuslichen Umfeld versorgt:**

#### **Frage:**

*Welche Maßnahmen würden Sie ergreifen, um die Pflege im häuslichen Umfeld zu stärken?*

#### **Antwort:**

Wir wollen eine wohnortnahe Pflegestruktur schaffen, die alle Lebensphasen berücksichtigt, und dabei vor allem ambulante Strukturen sowie die Tagespflege stärken. Unser Ziel sind „sorgende Städte und Gemeinden“, in denen öffentliche Sorgezentren Unterstützung, Beratung und Austausch bieten – direkt im Stadtteil oder Dorf. Wir kämpfen für eine Solidarische Pflegevollversicherung, die alle pflegebedingten Kosten abdeckt und sicherstellt, dass keine Leistung aus Kostengründen verweigert wird. Dazu gehört auch ein Entlastungsbudget für einen bedarfsgerechten häuslichen Pflegemix.

### **2.) Die meisten Pflegebedürftigen, die zuhause gepflegt werden, werden von ihren Angehörigen versorgt, die diese oft weit über ihre Kräfte gehende Arbeit verrichten:**

#### **Frage:**

*Wie können Angehörige in der häuslichen Pflege gestärkt und unterstützt werden?*

#### **Antwort:**

Wir fordern finanzielle Entlastung sowie eine bessere Absicherung für pflegende Angehörige, unter anderem durch mehr Kurzzeitpflegeplätze. Angehörige sollen zudem besser in die Pflegestrukturen eingebunden werden. Darüber hinaus setzen wir uns für Lohnersatzleistungen ein: Wir fordern eine sechswöchige Freistellung bei vollem Lohnausgleich beim ersten Auftreten eines Pflegefalls sowie eine Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige, ähnlich dem Elterngeld. Pflegende Angehörige müssen zudem höhere Rentenansprüche aus der Pflegetätigkeit erwerben.

### **3.) Eine Frage aus der Bundespolitik – Im letzten Herbst hat die Bundespolitik laut über die Abschaffung vom Pflegegrad I diskutiert:**

Frage: Welche Haltung haben Sie dazu?

#### **Frage:**

*Welche Haltung haben Sie dazu?*

#### **Antwort:**

Wir lehnen eine Abschaffung entschieden ab. Im Gegenteil: Wir wollen bessere Leistungen bereits im Pflegegrad 1. Auch im Pflegegrad 1 müssen pflegende Angehörige Rentenansprüche erwerben können. Pflege und Unterstützung müssen bedarfsgerecht und präventiv ansetzen, was eine Streichung des Pflegegrades 1 entgegenwirken würde.

## **AWO: Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

### **Frage:**

*Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um den Ausbau qualitativ hochwertiger und verlässlicher Ganztagsbetreuung (Kita und Schule) in Baden-Württemberg sicherzustellen?*

### **Antwort:**

Wir wollen die „Kitastrophe“ beenden und den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz in Wohnortnähe umsetzen. Dafür fordern wir eine bedarfsdeckende Finanzierung durch das Land und die Bezuschussung der Kommunen. Wir setzen uns für kostenfreie Ganztags-Kitas und eine kostenfreie, rhythmisierte Ganztagesgrundschule ein, die Hausaufgaben überflüssig macht und durch externe Angebote (Sport, Kultur) ergänzt wird. Qualität sichern wir durch verbindliche, verbesserte Betreuungsschlüssel.

### **Frage:**

*Wie wollen Sie die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in Berufen in Bildung, Erziehung und Pflege verbessern, um Fachkräfte zu gewinnen, zu halten und gleichzeitig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken?*

### **Antwort:**

Berufe, in denen mehrheitlich Frauen arbeiten (SAHGE-Berufe), müssen besser eingruppiert und bezahlt werden – wir fordern gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. In der Pflege fordern wir allgemein verbindliche Tarifverträge auf TVöD-Niveau, 500Euro mehr Grundgehalt und verlässliche Dienstpläne. In Kitas muss bei Personalmangel ein Konsequenzenmanagement greifen, um Überlastung zu verhindern. Grundsätzlich kämpfen wir für eine Arbeitszeitverkürzung hin zur 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, um die Belastung zu senken und die Attraktivität der Berufe zu steigern.

### **Frage:**

*Welche Initiativen beabsichtigen Sie, um eine gerechtere Verteilung von Sorge- und Pflegearbeit zwischen Frauen und Männern zu fördern, etwa durcharbeitsmarkt-, familien- oder gleichstellungspolitische Instrumente?*

### **Antwort:**

Wir wollen Geschlechterstereotypen in der Sorgearbeit aufbrechen. Ein zentraler Hebel ist die Arbeitszeit: Wir unterstützen die Gewerkschaften im Kampf um eine 30-Stunden-Woche, damit Zeit für Sorgearbeit gerecht verteilt werden kann, ohne dass Frauen in die Teilzeitfalle tappen. Wir fordern zudem 12 nicht übertragbare Elterngeldmonate pro Elternteil sowie einen 10-tägigen bzw. 28-tägigen Elternschutz für den zweiten Elternteil direkt nach der Geburt. Das Ehegattensplitting wollen wir abschaffen, da es alte Rollenbilder zementiert.

### **Frage:**

*Welche Vorbildrolle soll das Land Baden-Württemberg als öffentlicher Arbeitgebereinnehmen, um flexible Arbeitszeiten, familienfreundliche Arbeitsmodelle und bessere Unterstützungsangebote für Frauen mit Sorgeverantwortung umzusetzen?*

### **Antwort:**

Das Land muss Vorreiter für gute Arbeit sein. Das bedeutet: Keine sachgrundlosen Befristungen im öffentlichen Dienst mehr. Wir wollen im öffentlichen Dienst als Vorbild vorangehen, um ausbeuterische und unfreiwillige Teilzeit zu verhindern, indem wir ein Recht auf Vollzeit, aber auch ein Recht auf Teilzeit garantieren. Zudem müssen soziale Berufe im öffentlichen Dienst besser bezahlt und eingruppiert werden. Durch die Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich im öffentlichen Sektor wollen wir Zeit für Care-Arbeit schaffen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf realisieren.